Der Ausschussvorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet die Vertreter der Verwaltung um ihren Bericht.

Herr Heyer teilt mit, dass das Aufteilungsverhältnis der Schlüsselzuweisungen für Gemeinde- und Kreisaufgaben im Kommunalen Finanzausgleich ab dem Haushaltsjahr 2016 geändert werden soll. Demnach solle der Anteil an Zuweisungen für Gemeindeaufgaben von bisher 50,9 % auf 51,3 % steigen (Zuweisungen für Kreisaufgaben: 48,7 % statt 49,1 %). Eine durchgeführte Vergleichsberechnung habe Mehreinnahmen in Höhe von rund 100.000 € für die Samtgemeinde Bersenbrück ergeben. Zu berücksichtigen sei hierbei, dass die Änderung ab dem kommenden Haushaltsjahr gelte, die Modellrechnung allerdings mit den Zahlen aus 2015 erstellt wurde.

Dr. Baier betont hierzu, dass die Berechnung bereits einige Wochen alt sei und daher die Auswirkungen aus den aktuellen Geschehnissen rund um den Volkswagen-Abgas-Skandal hier nicht eingeflossen seien. Da Wolfsburg und Braunschweig keine bzw. nur geringe Schlüsselzuweisungen erhalten haben, werden sich die Zahlen vermutlich noch ändern. Durch die wegfallenden Körperschafts- und Gewerbesteuern bei VW ist von einer geringeren Verbundmasse zur Weiterleitung an die Kommunen zu rechnen.

Ferner führt Dr. Baier aus, dass die Auswirkungen der bislang noch nicht abgeschlossenen Tarifverhandlungen im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (KiTa-Bereich) noch nicht feststehen. Die bisherigen Verhandlungen sehen eine zum 01. Juli 2015 rückwirkende Tarifierhöhung von knapp 4,0 % vor.

Auf die Anfrage von Ratsherrn Uphoff bzgl. einer Weiterleitung des vom Bund an die Länder zu zahlenden pauschalen Zuschusses in Höhe von 670 € pro Flüchtling erwidert Dr. Baier, dass der Landrat dem Kreistag vorschlagen werde, den Gemeinden anteilig Personalkosten für Flüchtlingssozialarbeit und Flüchtlingsbetreuung zu erstatten. Eine Kofinanzierung der von der Samtgemeinde eingerichteten (halben) Sozialarbeiterstelle könnte den Haushalt nächstes Jahr entlasten.

Darüber hinaus sollen lt. Auskunft Dr. Baiers die Kosten für die Anmietung von Wohnraum im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik erstattet werden. Für die von der Samtgemeinde getätigten bzw. noch zu tätigen Käufe/Sanierung von Wohnraum gebe es jedoch bisher keine Regelung. Die Samtgemeinde geht bei Hauskäufen und Sanierungen in eine Vorfinanzierung, die aktuell den Haushalt belastet und erst langfristig über Mieterstattungen wieder eingespielt werden kann.

In diesem Zusammenhang weist Jürgen Heyer darauf hin, dass die Förderbank KfW die Kommunen unterstütze, indem sie für den Erwerb, Bau oder Umbau von Flüchtlingsunterkünften ab sofort zinslose Darlehen zur Verfügung stelle. Die Samtgemeinde konnte hier zwei Darlehen mit einem Zins von 0% über 10 Jahre aufnehmen.

Die Ausführungen werden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.